

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Oliver Schröm, ich bin Chefredakteur der deutschen Non-Profit-Redaktion CORRECTIV.

Zusammen mit meinem Kollegen Christian Salewski von dem deutschen Fernsehmagazin PANORAMA habe ich das internationale Rechercheprojekt CumEx-Files ins Leben gerufen.

Unter der Leitung von CORRECTIV haben rund 40 Journalisten von 19 Medien in 12 europäischen Ländern in mehr als 9 Monate langer Arbeit den wohl größten Steuerraub in der Geschichte Europas aufgedeckt. Der Schaden beläuft sich auf mindestens 55,2 Milliarden Euro.

Und so sind wir zu diesem Ergebnis gekommen:

Im Sommer 2017 hatten wir bereits enthüllt, dass allein in Deutschland zwischen 2001 und 2016 durch sogenannte Cum-Ex- und Cum-Cum-Aktiengeschäfte ein Schaden von mindestens 31,8 Milliarden Euro entstanden ist. Berechnet wurde diese Summe von dem deutschen Steuerprofessor Christoph Spengel von der Universität Mannheim.

Danach stellten wir uns folgende Fragen:

- Wurden neben Deutschland noch weitere europäische Länder durch diese Aktengeschäfte ausgeplündert?
- Wenn ja, wie groß ist der Schaden?
- Und werden Cum-Ex- oder ähnlich rein steuergetriebene Aktiengeschäfte noch heute betrieben?

Die Ergebnisse unserer 9-monatigen Recherchen haben uns selbst überrascht:

Neben Deutschland sind mindestens folgende 11 Länder betroffen:

- Frankreich
- Spanien
- Italien
- Niederlande
- Belgien
- Österreich
- Schweiz
- Dänemark
- Finnland

- Norwegen
- Schweden

Wie bereits anfangs gesagt: Der Gesamtschaden beläuft sich nach unseren Recherchen auf mindestens 55,2 Milliarden Euro.

Diese Schadenssumme durch steuergetriebene Geschäfte ergibt sich aus Auskünften von Steuerbehörden sowie Analysen von Marktdaten.

Allerdings konnten wir nur bei 5 der insgesamt 12 betroffenen Staaten die Schadenssumme ermitteln.

Das sind:

- Deutschland – wie gesagt - mit einem Schaden von 31,8 Milliarden Euro.
- Frankreich, 17 Milliarden Euro.
- Italien, 4,5 Milliarden Euro.
- Dänemark, 1,7 Milliarden Euro.
- Belgien, 201 Millionen Euro.

Für die anderen betroffenen Länder liegen uns keine offiziellen Zahlen oder belastbare Marktdaten vor.

In Deutschland ist Cum-Ex seit 2012 und Cum-Cum seit 2016 offiziell nicht mehr möglich.

Unseren Informationen nach geht es jedoch in Deutschland weiter mit steuergetriebenen Aktiengeschäften. Es handelt sich dabei um Mutationen von Cum-Ex, andere, oft sogar noch aggressivere Formen von den bislang bekannten Aktiendeals.

Erst vor wenigen Tagen wurde in Deutschland bekannt, dass Banken mit sogenannten „Phantomaktien“ gehandelt haben, einer Methode, die noch perfider ist als das frühere Geschäft mit Cum-Ex. Verwendet werden dabei Wertpapiere mit dem Namen ADR (American Depositary Receipts).

Aber wie schaut es in den anderen europäischen Ländern aus?
Sind dort HEUTE noch Cum-Ex oder Varianten davon möglich?
Und werden durch Banken und Aktienhändler noch HEUTE damit die Staatskassen ausgeplündert?

Die Antwort lautet: JA!

Durch eine über Monate vorbereitete Undercover-Operation ist es uns gelungen den Beweis zu erbringen, dass diese rein steuergetriebenen Aktiengeschäfte heute noch möglich sind - und auch umgesetzt werden.

Uns vorliegenden Dokumente nach haben Aktienhändler derzeit folgende europäische Länder im Visier:

- Frankreich
- Italien
- Spanien
- Norwegen
- Finnland
- Polen
- Tschechische Republik

Der Raubzug geht also weiter. In ganz Europa.

Was tun?

In Deutschland wird derzeit diskutiert, ob eine Anzeigepflicht für aggressive Steuergestaltung eingeführt werden muss. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer wären demnach verpflichtet, Meldung zu machen, so bald sie auf Lücken im Steuergesetz gestoßen sind.

Dass Steuerberater und Wirtschaftsprüfer gegen diesen Vorschlag Sturm laufen, muss nicht weiter ausgeführt werden. Eine entsprechende EU-Richtlinie wäre da sicherlich hilfreich.

Und sonst?

Wir Journalisten haben unseren Job gemacht.

Jetzt sind sie dran, verehrte Damen und Herren.

Denn: Journalistische Scoops und Enthüllungen, also die Arbeit der sogenannten 4. Gewalt, geht oft einher mit Versagen und Versäumnissen von staatlichen Behörden oder Institutionen.

So auch diesem Fall.

Deutschland warnte beispielsweise seine europäischen Nachbarn erst 2015 über eine OECD-Datenbank vor Cum-Ex-Geschäften, obwohl das Finanzministerium spätestens seit 2002 Bescheid wusste.

2015, da waren die Aktienhändler, die zuvor Deutschland ausgeplündert hatten, schon längst nach Dänemark weitergezogen, um dort in die Staatskasse zu greifen.

Ein besserer und frühzeitiger Informationsaustausch ist also dringend nötig. Anders lässt sich dieser organisierte und für mich kriminelle Griff in die Staatskassen europäischer Staaten nicht stoppen.

Aber bislang scheint es in Europa dabei an einem gemeinsamen Willen zu fehlen. Und vor allem fehlen auf europäischer Ebene die geeigneten Institutionen, um diese Steuerräuber stoppen zu können.

Unser Ratschlag: Europa braucht ein Finanz-FBI. Dringend!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.